

## **Antrag zu einem Planungsbeschluss der SP Köniz**

### **Ausbau der familienexternen Kinderbetreuung – endlich Wartelisten deutlich abbauen!**

#### **Inhalt Planungsbeschluss**

Der Gemeinderat wird beauftragt, das Produkt 15.2 „Angebote zur sozialen Integration“ in den nächsten 4 Jahren dergestalt weiterzuentwickeln, dass die Wartelisten für die Kindertagesstätten und die Kindertagespflege deutlich abgebaut werden. Die Wartefristen für angemeldete Kinder dürfen bis in 4 Jahren bei den Kindertagesstätten und bei der Kindertagespflege durchschnittlich max. 4 Monate betragen. Der Gemeinderat beantragt dem Parlament rechtzeitig die dafür notwendigen finanziellen Mittel und erstattet einmal jährlich Bericht über den Stand der Umsetzung.

#### **Begründung**

Im IAFP 2008 schreibt der Gemeinderat als Ziel des Produktes 15.2 „Angebote zur sozialen Integration“ u.a.: „Die Bevölkerung wird quantitativ angemessen und bedarfsgerecht mit gut ausgelasteten Angeboten an Kindertagesstätten und Tagespflegeplätzen (...) versorgt.“ Im Kommentar hält der Gemeinderat fest, dass ab 2009 keine zusätzlichen Plätze eingerechnet sind.

Von der Erreichung dieses Zieles sind wir jedoch noch deutlich entfernt.

- Die durchschnittliche Wartefrist für neu angemeldete Kinder für einen Kindertagesstättenplatz beträgt im Moment 15 Monate.
- Im Februar 2008 warteten rund 240 Kinder und deren Eltern auf einen Platz in einer Kindertagesstätte. Diese Zahl ist notabene bereits von statistischen „Zerreffekten“ wie Mehrfachanmeldungen bereinigt!
- Zudem warteten im Feb. 08 rund 130 Kinder auf einen Platz bei einer Tagesmutter. Auch hier ist die Wartefrist entsprechend lang.

Wir anerkennen die Bemühungen des Gemeinderates zur Schaffung zusätzlicher Kindertagesstätten-Plätze, doch zeigt die Studie Hornung (März 07) deutlich auf, dass die Nachfrage das bestehende Angebot bei weitem übersteigt und die Anforderungen des Arbeitsmarktes einen rascheren Ausbau des Angebotes erfordern. V.a. in Wabern, Liebfeld, Köniz und Niederwängen sind die Anmeldezahlen klar über dem Angebot und ist auch mit weiteren zusätzlichen Anmeldungen zu rechnen. Denn die Bautätigkeit in diesen Ortsgebieten soll Familien mit Kindern anziehen, welche mithelfen, eine prosperierende Zukunft der Gemeinde zu gestalten.

Kindertagesstätten und Tagespflegeplätze dienen der Förderung und Chancengleichheit der Kinder. In der Gruppe lernen sie soziales Verhalten; der Lebensraum Familie wird ergänzt mit neuen Anregungen, Erfahrungen und Beziehungen. Fremdsprachige Kinder können vor Schuleintritt die deutsche Sprache lernen, haben frühzeitigen Bezug zur schweizerischen Kultur und Sprache, was entscheidend ist für ihren späteren Schulerfolg. Kitas und Tagespflegeplätze sind für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie heute unabdingbar. Zudem sind sie ein wichtiger Faktor für die Attraktivität unserer Gemeinde und damit ein wesentlicher Standortvorteil. Sie tragen dazu bei, Köniz als familienfreundliche, offene und fortschrittliche Gemeinde zu positionieren und für Arbeitgeben-

de und Arbeitnehmende, insbesondere jüngere, gut ausgebildete Frauen und Männer, als Wohnort interessant zu machen.

Und nicht zuletzt: Investitionen in Kita-Plätze lohnen sich für den Staat. Eine vom Verein Region Bern in Auftrag gegebene Studie von 2007 weist nach, dass das Kosten-Nutzen-Verhältnis der Kinderbetreuung in Kitas in der Region kurzfristig bei 1.5 - 2 Franken, langfristig aber bei 2.6 - 3.5 Franken pro investiertem Franken liegt. Für die Gemeinde Köniz bedeutet dies, dass die Investition etwa wieder im gleichen Masse zurückfliesst. In die Kantonskasse fliessen sogar 30 bis 80 Prozent mehr Einnahmen, als er für die Kitas ausgibt. Die SP Köniz erwartet deshalb, dass sich der Kanton Bern künftig deutlich stärker an den Kosten für Kitas und Tagespflegeplätze beteiligt.

Nicht zu unterschätzen ist im Übrigen bei langen Wartelisten die „Abwanderung“ zahlungskräftiger Eltern zu privaten Kitas, worunter die soziale Durchmischung der Kindertagesstätten und die Finanzierung des familienexternen Kinderbetreuungssystems leiden.

#### Qualitative Zielvorgabe:

Zusätzliche Plätze der familienergänzenden Kinderbetreuung halten mindestens die geltenden Qualitätsvorgaben der Gemeinde und des Kantons ein.

#### Quantitative Zielvorgabe:

- Es werden mindestens 24 zusätzliche Plätze pro Jahr während vier Jahren in der familienergänzenden Kindertagesbetreuung geschaffen
- Die zusätzlichen Aufwendungen sind nach Möglichkeit dem Lastenausgleich nach Sozialhilfegesetz SHG zuzuführen.

#### Sollwerte und Indikatoren:

- Siehe qualitative und quantitative Zielvorgaben.
- Wartefrist nach vier Jahren: kleiner als 4 Monate

1. Mai 2008 / Christian Roth, Alfred Arm

*(Handwritten signatures and notes)*

Left column: C. Roth, G. Gysin, [Signature], M. [Signature], A. Meier, A. Behringer-Schult, Ch. Lehmann

Middle column: E. [Signature], C. [Signature], [Signature], [Signature], L. [Signature], A. [Signature], [Signature], R. [Signature]

Right column: M. [Signature], I. [Signature], [Signature], Valt. [Signature], D. [Signature], H. [Signature], H. [Signature]

## **Postulat SVP/Unterstützung der Freiwilligenarbeit, Senkung der Mietbeiträge für die Benutzung der Schul- und Sportanlagen durch Könizer Vereine**

Der Gemeinderat wird beauftragt, zu prüfen, ob er die Mietkosten der Könizer Vereine für die Benützung der Schul- und Sportanlagen reduzieren kann, die er gemäss Art. 10 des Bildungsreglementes festlegt.

### **Begründung**

Obschon die Mietbeiträge der Könizer Vereine für die Benutzung der Schul- und Sportanlagen moderat sind, werden sie für die grossen Vereine, welche den grössten Teil der Jugendarbeit leisten und bei grösseren Einzelanlässen wie beispielsweise bei traditionellen Theateranlässen zur Belastung für die Betroffenen. Falsch ist auch, dass die Jugendbeiträge, welche die Vereine von der Gemeinde erhalten, vielfach für die Begleichung dieser Mietkosten verwendet werden müssen. Die Freiwilligenarbeit, welche die Vereine leisten, ist für die Gemeinde aus gesellschaftlichen, gesundheitspolitischen, aber auch aus Gesichtspunkten des Standortmarketings sehr wertvoll. Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt, zu prüfen, ob er die Mietbeiträge für Könizer Vereine um 50 % senken kann.

Köniz, 4. Juni 2008

*U. Oberlinz H. Mauer J. Zuercher  
N. H. H. E. D. P. V.*

**Motion Lager (CVP), Stucki (FDP) bezüglich Spange Köniz – Wangental**

Der Gemeinderat wird aufgefordert, dem Parlament eine konkrete Projektierung der Spange Köniz – Wangental (Schwarzenburgstrasse – Landhofstrasse) als integrierender Teil der Könizer Verkehrsplanung vorzulegen.

Begründung

Im REK schreibt der Könizer Gemeinderat, die Spange Köniz – Wangental sei „wenig prioritär“. Diese Einschätzung ist nicht zielführend und wohl nicht korrekt. Fakt ist, dass die Könizstrasse als Autobahnzubringer zunehmend belastet ist und wohl bald einmal an ihre Belastungsgrenze stossen wird. Zudem ist mit der heutigen Verkehrsführung auch die Sägestrasse immer stärker belastet. Ein Ende dieser Entwicklung ist kaum abzusehen.

Es ist Aufgabe des Gemeinderates, im Rahmen einer kohärenten Verkehrsplanung beste Bedingungen für die gesamte Bevölkerung anzustreben. Durch die negative Grundhaltung gegenüber der Spange Köniz – Niederwangen verschliesst sich der Gemeinderat einem wichtigen Problem und zeigt somit wenig Willen, die Lebensqualität im Bereich Könizstrasse und Sägestrasse nachhaltig zu steigern bzw. deren Absinken wirkungsvoll zu stoppen. Als ähnlich gelagertes Beispiel sei hier nur kurz auf die neue Beundenfeldstrasse hingewiesen, dank der das Quartier Wabersackerstrasse erheblich aufgewertet werden konnte.

Der Könizer Gemeinderat betreibt zu Recht eine aktive Wohnbaupolitik. Im Zuge dieser Politik sind aber auch adäquate Verkehrslösungen zu suchen.

23. Juni 2008 / Valentin Lager, Mark Stucki

Valt. Lager  
Mark Stucki  
I. Caminade  
M. Bunt  
T. Stucki  
Ch. Baly  
R. Kren  
S. Auer  
N. Hilt

Dorner  
Vogel

## **Dringliche Interpellation CVP bezüglich Verletzung der Gewaltentrennung in der Könizer Kommunikationspolitik**

Mit der Kommunikation zum Stand der Arbeiten der Kommission Köniz.fünf haben Gemeinderat und Kommission die Regeln der Gewaltentrennung missachtet. Die Kommissionspräsidentin und der Gemeindepräsident bezeichnen das angewendete Vorgehen als „üblich“. Üblich sei insbesondere, dass Kommissionen und auch der Gemeinderat über ihre Aktivitäten und Entscheide informieren.

Es ist richtig, dass auch auf Bundes- und Kantonsebene über Arbeiten der Kommissionen berichtet wird. Nur erfolgt dies in ganz anderer Weise, insbesondere unter Einhaltung der Gewaltentrennung.

Wir bitten den Gemeinderat um Beantwortung der folgenden Fragen im Zusammenhang mit der Pressemitteilung vom 13. Juni 2008 „Proporz-Wahl für Gemeinderat soll bleiben“.

1. Üblicherweise legt die Exekutive einen Vorschlag vor, der von Kommissionen zuhänden Parlament vorbereitet werden. Weshalb wurde ein Zwischenergebnis kommuniziert bevor die gesamte Vorbereitung abgeschlossen ist?
2. Wenn Kommissionen kommunizieren, ist es üblich, immer wieder transparent darauf hinzuweisen, dass erst das Parlament oder das Volk den Entscheid treffen wird. Weshalb wird im Lead und in wesentlichen Teilen der Pressemitteilung in suggestiver Weise der Eindruck erweckt, die Entscheide seien schon gefällt? Ist der Gemeinderat bereit, in Zukunft unmissverständlich bereits im Lead von Pressemitteilungen transparent darzulegen, welche Instanz den definitiven Entscheid treffen wird (Gemeinderat, Parlament oder Volk)?
3. Das Gebot der Gewaltentrennung verlangt eine unabhängige Arbeit von Exekutive und Parlament/Kommissionen. Weshalb haben Kommissionspräsidentin und Gemeindepräsident mit der gemeinsamen Pressemitteilung das Gebot der Gewaltentrennung missachtet?
4. Immer wieder kam es in der Vergangenheit vor, dass das Parlament die Mitteilungen des Gemeinderates in politisch umstrittenen Fragen in der Presse oder allenfalls einige Minute vor der Presse lesen konnte. Ist der Gemeinderat bereit, seine Kommunikationspolitik zu überdenken und dabei insbesondere Fragen der Gewaltentrennung sowie das Zusammenspiel Exekutive – Parlament zu thematisieren?

### Begründung der Dringlichkeit:

Die letzte Verletzung der Gewaltentrennung wurde im Rahmen der Arbeiten der Kommission Köniz.fünf begangen. Da die Arbeiten dieser Kommission nächstens enden werden, sind die Fragen zur Kommunikationspraxis so rasch wie möglich zu beantworten.

23. Juni 2008 / Valentin Lager, Ignaz Caminada

Valt. Lager - Ignaz Caminada  
Gemeinderat Köniz  
Bürgermeister  
N. Hotz  
Ch. Baly  
E. Baly  
E. Baly

## Postulat der SP-Fraktion: Steuerhinterziehung - ein Schaden für die Gemeinde Köniz

Der Gemeinderat wird aufgefordert, dem Parlament in einem Bericht über das Ausmass der Steuerhinterziehung durch Steuerpflichtige der Gemeinde Köniz Auskunft zu geben. Er soll dazu die notwendigen Informationen bei den zuständigen Behörden einholen. Dieser Bericht soll unter anderem folgende Fragen beantworten:

- Wie hoch ist der Anteil an aufgedeckten, vorsätzlichen und fahrlässigen Steuerhinterziehungen von in der Gemeinde Köniz steuerpflichtigen natürlichen und juristischen Personen (Fallzahlen und prozentual)?
- Wie hoch ist das vermutete Ausmass nicht aufgedeckter Steuerhinterziehungen in der Gemeinde Köniz (Fallzahlen und prozentual)?
- Welche Massnahmen gegen die Steuerhinterziehung werden eingesetzt?
- Welche Massnahmen können auf Gemeindeebene, welche müssen auf übergeordneter Ebene getroffen werden?
- Ist bei Verdacht auf Steuerhinterziehung der Einsatz von Dritten (z.B. Detektivbüros) zur Abklärung, Beobachtung und Überwachung möglich, analog den Sozialinspektoren?
- Wenn nein, auf welcher gesetzlichen Ebene müsste dies geregelt werden?
- Ist der Gemeinderat bereit und mit welchen Mitteln, sich für eine Verbesserung der Aufdeckungsquote von Steuerhinterziehungen einzusetzen?

### Begründung:

Bewusste und systematische Steuerhinterziehung schädigt das öffentliche Gemeinwesen, auch dasjenige von Köniz. Das ist unbestritten. Den öffentlichen Finanzen werden so Mittel in relevantem Ausmass entzogen, die entweder für die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben fehlen oder durch höhere Steuersätze kompensiert werden müssen. Wissenschaftliche Berechnungen weisen auf Steuerverluste von 20-25% der geschuldeten Beträge hin. Die Kosten der Steuerhinterziehung zahlt letztendlich die Gesamtzahl der Steuerzahlenden. Jede und jeder Steuerzahlende hat ein grosses Interesse daran, dass alle gleich behandelt werden. Toleranz gegenüber den unehrlichen Steuerzahlenden untergräbt das Vertrauen in das System. In Deutschland ist der Schaden durch Steuerbetrug und -hinterziehung schon längst Thema der politischen Diskussion. Zeit, dass auch in der Schweiz und in Köniz diese Frage ernst genommen wird.

Eingereicht, 23. Juni 2008

Christoph Salzmann

*Chr. Salzmann*

*A. Beringo-Sant*

*CEV*

*Extrakt*

*S. Staub-Müller*

*M. G. K.*

Postulat SP zur Steuerhinterziehung .doc

*A. G. G.*

*H. D. A.*

*R.*

*A. M. A.*

*A. R. T.*

*M. M. M.*

*M. M. M.*

*M. M. M.*

*M. M. M.*

*M. M. M.*

*M. M. M.*

*M. M. M.*

## Interpellation Liz Fischli (Grüne Köniz) Hochhaus in Wabern

Gemäss Mitwirkungsbericht zur ZPP 1/1 „Bächtelenacker“ der Gemeinde Köniz vom März 2008 lehnten 90 % der Eingaben das geplante Hochhaus in Wabern ab. Dass Hochhäuser ein hohes Planungsrisiko darstellen, zeigte auch die kürzlich erfolgte Absage an ein Hochhaus der Wohlener Stimmbevölkerung. Dass das geplante Hochhaus in Wabern nicht nur bei der Nachbarschaft auf Widerstand stösst, sondern auch aus regionaler Sicht und gemessen an den Kriterien des regionalen Hochhauskonzepts kritisch betrachtet wird, zeigen die Eingaben des Berner Heimatschutzes und der Quartierleiste von „änet“ der Aare. Gemäss Mitwirkungsbericht soll deshalb das Hochhausprojekt durch das Regionale Qualitätsteam beurteilt werden.

Gemäss Vrb-Mitwirkungsbericht zum „Regionalen Hochhauskonzept“ vom Februar 2008 steuert und koordiniert das regionale Hochhauskonzept hohe Standards für Hochhäuser in der Region Bern. Im Zeitpunkt des Mitwirkungsberichts war das regionale Qualitätsteam erst vorgesehen. Der Mitwirkungsbericht verlangte deshalb, dass als nächstes u.a. die Zusammensetzung und Kompetenzen des Qualitätsteams geklärt werden. Ausserdem hielt der Bericht das fest, was er nicht kann: So könne er insbesondere *nicht* „die nötigen Präzisierungen in Bezug auf konkrete und lokal benennbare Standorte, welche im Handlungsspielraum der Gemeinden und anderer lokalen Behörden liegen, vorwegnehmen.“ (S. 8). Die Gemeinden sind und bleiben somit letztlich rechtlich und politisch im Rahmen ihrer Verfahren verantwortlich für den gewählten Standort.

Der Standort des geplanten Hochhauses in Wabern wurde von der Planungsbehörde der Gemeinde Köniz unter anderem damit begründet, dass das regionale Hochhauskonzept und das REK der Gemeinde Köniz (Raumentwicklungskonzept vom April 2007) den Standort „Bächtelenacker“ weder ausdrücklich vorsähen, noch direkt ausschlossen. Dazu ist zu sagen, dass das REK sehr wohl explizit drei städtebaulich begründbare Standorte für die Gemeinde ausweist, so den Zentrumsbereich Köniz, sowie die Gebiete Morillon und Niederwangen (S. 25ff.). Und dass sich der Gemeinderat in seinem Beschluss zum REK zu grosser Zurückhaltung gegenüber Hochhausprojekten bekannte und festhielt, dass das REK neue Hochhäuser für weite Teile des Siedlungsgebietes ausschliesse (REK, S. 81).

Inzwischen ist bekannt geworden, dass das Fabrikgebäude auf dem Nachbarareal des Bächtelenackers von der Benteli Hallwag AG verlassen wird. Da ungewiss ist, ob sich für den Gebäudekomplex ein neuer Gewerbebetrieb finden lassen wird, wäre auch die Umzonung des Areals in eine Wohnzone eine denkbare Entwicklung. Damit käme das geplante Hochhaus auch auf dieser Seite in unmittelbare Nachbarschaft zu niedergeschossigeren Wohnhäusern zu stehen.

**Vor diesem Hintergrund wird der Gemeinderat ersucht, folgende Fragen zu beantworten:**

1. Sind die Zusammensetzung und Kompetenzen des regionalen Qualitätsteams inzwischen geklärt? Wenn ja, wie ist es zusammengesetzt, wer gehört ihm an und welches sind seine Kompetenzen?
2. Welche Aussagekraft und Verbindlichkeit misst der Gemeinderat der Beurteilung des Qualitätsteams zu? Würde er die UeO allenfalls auch ohne Beurteilung durch das Qualitätsteam auflegen?
3. Wird oder wurde die mögliche Umzonung des erwähnten Nachbarareals in eine Wohnzone bei der Prüfung des Hochhauses durch das Qualitätsteam berücksichtigt? Wenn nein, müsste dies nicht noch getan werden?
4. Ist der Gemeinderat nach wie vor der Ansicht, dass das geplante Hochhaus die beste Variante am spezifischen Standort ist?
5. Wäre eine Überbauung des Bächtelenackers auch ohne das geplante Hochhaus denkbar? Welches wären die Alternativen?

Wabern, 23. Juni 2008

Liz Fischli-Giesser

*Liz Fischli*  
*A. Fischli*  
*M. Fischli*  
*W. Fischli*  
*R. Fischli*  
*G. Fischli*  
*D. Fischli*

## Standortplanung für Mobilfunkanlagen

Der Gemeinderat wird beauftragt, unverzüglich eine Planungszone für das gesamte Gemeindegebiet zu verfügen mit dem Zweck, neue Vorschriften zu erlassen, welche die **raumplanerischen Steuerungsmöglichkeiten** der Gemeinde ausschöpfen, um die immateriellen Immissionen von Anlagen (GMS, UMTS, Richtfunk, WL usw.) namentlich auf Wohngebiete und andere empfindliche Nutzungen wie Schulanlagen möglichst gering zu halten. Es ist ein Versorgungskonzept zu erarbeiten (Bedarfsnachweis), die Ausscheidung von Schutzzonen und der Erlass besonderer Zonenvorschriften namentlich für Wohngebiete zu prüfen und eine Standortplanung für Mobilfunkanlagen aufzulegen.

### Begründung:

Der Bau von Mobilfunkanlagen erfolgt bisher aus raumplanerischer Sicht völlig unkoordiniert, weil Anspruch auf eine Baubewilligung besteht, wenn im Wesentlichen die Einhaltung der Grenzwerte für nicht ionisierende Strahlung nachgewiesen und allfällige ästhetische Bedenken ausgeräumt sind. Lange Zeit glaubten die Gemeinden, sie stünden dieser für alle Beteiligten unbefriedigenden Situation hilflos gegenüber, weil der Schutz vor nicht ionisierender Strahlung im Bundesrecht abschliessend geregelt und die Wirkung des Orts- und Landschaftsschutzes beschränkt ist.

Nun hat das Bundesgericht in seiner neueren Rechtsprechung klargestellt, dass die Gemeinden durchaus Steuerungsmöglichkeiten haben, um auf die Standortwahl von Mobilfunkanlagen Einfluss zu nehmen, sofern sie sich dabei nicht um den bundesrechtlich abschliessend geregelten Schutz vor nicht ionisierender Strahlung, sondern um die raumplanerische Koordination von Nutzungsinteressen und -ansprüchen kümmern. Die Herausforderung besteht darin, zum einen den Versorgungsauftrag der Mobilfunkbetreiberinnen und einen funktionierenden Wettbewerb unter ihnen zu gewährleisten, zum andern die weit verbreitete Skepsis vor befürchteten und noch nicht in allen Teilen erforschten Auswirkungen der Mobilfunkanlagen ernst zu nehmen.

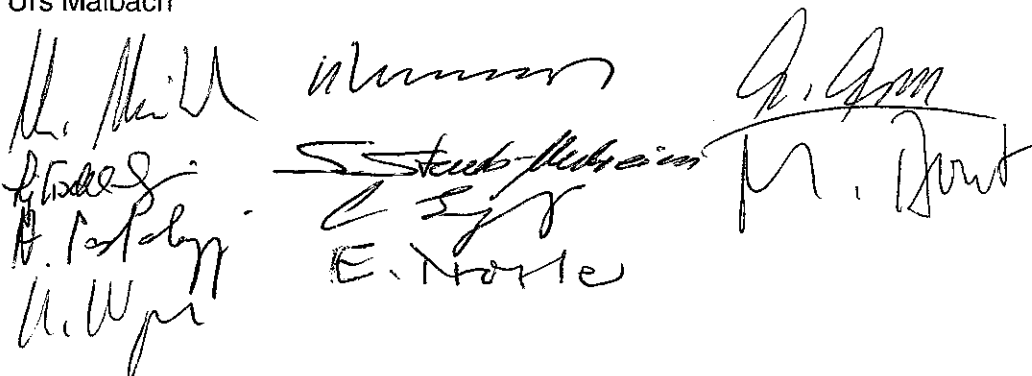
Da die Gemeinde Köniz ohnehin daran ist, ihre baurechtliche Grundordnung zu überarbeiten, ermöglicht dies eine Integration der Planungsaufgabe in die laufenden Arbeiten.

Denkbar sind nach heutigem Wissensstand namentlich Positiv- und Negativplanungen, aber auch eine Vorschrift, die – analog zu den Nichtbauzonen – eine Standortevaluation innerhalb der Bauzonen vorschreibt (Pflicht, Alternativstandorte und/oder die Koordination mit bestehenden Anlagen zu prüfen). Ebenfalls in Frage kommen nähere Zonenvorschriften zur Wahrung des Charakters und der Wohnqualität eines Quartiers, z.B. eine Vorschrift, wonach eine Anlage in einer Kern- oder Wohnzone nur zonenkonform ist, wenn sie ausschliesslich der Versorgung dieser Zone dient.

Eine Planungszone nach Art. 62 des Baugesetzes ist zu erlassen, damit bis zum Wirksamwerden der neuen Vorschriften nicht noch Anlagen bewilligt werden müssen, die der Stossrichtung der unverzüglich an die Hand zu nehmenden Planung zuwiderlaufen.

23. Juni 2008

Urs Maibach


  
 H. Maibach, M. Maibach, A. Maibach, E. Maibach, F. Maibach, G. Maibach, H. Maibach, I. Maibach, J. Maibach, K. Maibach, L. Maibach, M. Maibach, N. Maibach, O. Maibach, P. Maibach, Q. Maibach, R. Maibach, S. Maibach, T. Maibach, U. Maibach, V. Maibach, W. Maibach, X. Maibach, Y. Maibach, Z. Maibach



## Motion Grüne Köniz

### Ökoprozent

Der Gemeinderat wird aufgefordert einen Energiefonds zu schaffen, welcher Massnahmen zur Reduktion des Energieverbrauchs und des CO<sub>2</sub>-Ausstosses auf Gemeindegebiet fördert und finanziell unterstützt. Unterstützung erhalten u.a.

- Effizienzmassnahmen im Gebäude- und Mobilitätsbereich
- die nachhaltige Produktion erneuerbarer Energie
- Information und Ausbildung in den genannten Bereichen

Der Fonds wird bei einer allfälligen Steuersenkung geöffnert und mit mindestens einem Steuerprozent jährlich gespeist. Er kann zeitlich begrenzt werden. Der Gemeinderat erlässt ein entsprechendes Reglement.

### Begründung

Die Energie wird knapp und teuer, der Ölpreis steigt stetig weiter. Es fliesst immer mehr Geld zur Bezahlung der Energiekosten ins Ausland ab. Das Geld sollte aber besser in der Region investiert werden, in die effizientere Nutzung von Energie und in die Produktion der reichlich vorhandene erneuerbare Energie. Damit wird die regionale Wirtschaft gestärkt und Arbeitsplätze geschaffen.

Viele kleinere und grössere Gemeinden, häufig Energiestädte, zahlen Förderbeiträge für Massnahmen zur Reduktion des Energieverbrauchs. Mit solchen Förderbeiträgen werden Investitionen ausgelöst, die um ein vielfaches höher sind als die Beiträge selbst. Das zusätzliche Investitionsvolumen ermöglicht es dem Gewerbe in der Region, die für die Energiesanierung und die Produktion erneuerbarer Energie benötigten Kapazitäten aufzubauen, die Fachleute auszubilden und sich das entsprechende Knowhow anzueignen.

Neben grossen Einsparmöglichkeiten, namentlich im Gebäudebereich, hat Köniz ein grosses Potenzial an erneuerbaren Energie, wie Holz, Biogas, Solarwärme und Photovoltaik. Dieses Potenzial gilt es für die Zukunft nutzbar zu machen.

Längerfristig werden Energie-Effizienzmassnahmen und die Produktion erneuerbarer Energie durch hohe Energiepreise automatisch rentabel. Der Fonds ist deshalb befristet. Die nötigen Kapazitäten müssen aber heute schon aufgebaut werden.

Bei einer allfälligen Steuersenkung kann mit einem Verzicht auf ein Steuerprozent diese Chance wahrgenommen werden, einen Fonds zu öffnen, dessen Beiträge den energiebewussten Bürgern und Bürgerinnen von Köniz wieder zugute kommen – sei es als EigentümerInnen oder als MieterInnen durch die Reduktion von Nebenkosten.

21.6.08

Hansueli Pestalozzi

*[Handwritten signatures and notes follow]*

### Minergie-P oder besser

Die Gemeinde Köniz plant und realisiert neue Gebäude ausschliesslich nach Minergie-P-ECO, oder in einem vergleichbaren oder besseren Standard. Bei Gesamtsanierungen wird dieser Standard ebenfalls angestrebt.

Bei Abgabe im Baurecht legt sie im Baurechtsvertrag fest, dass die darauf erstellten Gebäude ebenfalls mindestens den Standard Minergie-P-ECO erreichen.

In begründeten Fällen (übermässige Kosten, fehlender Standard für den Gebäudetyp, technisch nicht realisierbar) kann davon abgewichen werden

Die Empfehlung SIA 112/1, Nachhaltiges Bauen-Hochbau, wird zur ganzheitlichen Ueberprüfung der Bauprojekte und als Qualitätsmanagement Nachhaltigkeit eingesetzt.

### Begründung

- nur Minergie-P-Häuser (oder energieeffizientere) entsprechen nachhaltigen Häusern (2000-Watt-Gesellschaft)
- Sie schützen das Klima und verkleinern die Abhängigkeit von nicht erneuerbaren Energien.
- Da Häuser eine lange Lebensdauer haben, ist es wichtig, dass bereits heute die Häuser in diesem Standard gebaut werden
- Die Mehrkosten werden durch hohe Energiepreise in kurzer Zeit amortisiert
- Hoher Wohnkomfort/Arbeitskomfort
- Hoher Wiederverkaufspreis
- Minergie-P-Häuser entsprechen einem rasch und einfach umsetzbaren Etappenziel. Das Ziel sollte der Baustandard von Plusenergiehäusern sein (Häuser, die mehr Energie produzieren als verbrauchen).

### Definition

Im Jahr 2002 lancierte MINERGIE® den MINERGIE-P®-Standard. Dieser setzt die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft im Gebäudebereich konsequent um. Er ist das schweizerische Label zum Passivhaus-Standard.

MINERGIE-P® bedingt ein eigenständiges, am niedrigen Energieverbrauch orientiertes Gebäudekonzept.

MINERGIE-ECO® ist eine Ergänzung zum MINERGIE®-Standard. Während Merkmale wie Komfort und Energieeffizienz MINERGIE®-Gebäude eigen sind, erfüllen zertifizierte Bauten nach MINERGIE-ECO® auch Anforderungen gesunder und ökologischer Bauweisen.

Ein MINERGIE-P®-Haus braucht im Vergleich zum heutigen Gebäudestandard ca. 90 % weniger Heizenergie und benötigt kein konventionelles Heizsystem. Der Einsatz von erneuerbaren Energien ist in diesem Standard erforderlich (Holz, Sonne, Erdwärme, usw.). MINERGIE-P®-Bauten dürfen maximal 15 % Mehrkosten gegenüber konventionellen Vergleichsobjekten aufweisen.

Das Amt für Grundstücke und Gebäude AGG des Kt. Bern verlangt seit 2007 für Neubauten und Gesamtsanierungen den Minergie-P-Standard.

### Weiterführende Links

[http://www.baudoc.ch/7/pdcnewsitem/00/59/83/Minergie\\_P.pdf](http://www.baudoc.ch/7/pdcnewsitem/00/59/83/Minergie_P.pdf)  
[www.minergie.ch](http://www.minergie.ch)

Jan Remund

*[Handwritten signatures]*  
Mark A.  
D. Pöschel  
C. Ger.

*[Handwritten signatures]*  
H. Wyr.  
L. Fickel  
Ch. Rott  
Stef. Huber

*[Handwritten signatures]*  
A. Mädel  
Ch. Lehmann  
A. Brühlig - Raut

E. Hinkle

M. Bont

M. L. L.